

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeb 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Beitzelle 15 Pfennige.

Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden von 12-1 Uhr

Stettiner Zeitung.



Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 8. Juni 1884.

Nr. 263.

Deutschland.

Berlin, 7. Juni. In der letzten Stunde vor der Entscheidung des Reichstags über das Arbeiter-Unfall-Versicherungsgesetz richtet die gesamte deutsche Lebensversicherungs-Wissenschaft und Praxis eine Petition an den Reichstag, ein ernstes Wort der Mahnung und Warnung gegen das von der Regierung und von der konservativ-ultramontanen Majorität der vorbereitenden Kommission bevorzugte sogenannte Um-lage-Verfahren. Die Petition ist von den leitenden Direktoren und von den Technikern der sämtlichen deutschen Lebensversicherungs-Anstalten, die Allgemeine Versorgungs-Anstalt im Großherzogthum Baden, die sich bisher weder zustimmend, noch ablehnend verhalten hat, allein ausgenommen, vollzogen.

Durch die Ernennung des Grafen Wilhelm von Bismarck zum Geh. Regierungs- und vortragenden Rath im Staatsministerium ist die etatsmäßige Zahl von drei vortragenden Räten dieser Behörde wieder erreicht, nachdem, wie verlautet, der Geh. Ober-Regierungsrath v. Wangenheim aus dem Staatsdienste geschieden ist. Graf von Bismarck hat die dritte Stelle erhalten, während der Geh. Ober-Regierungsrath von Kurowsky und der Geh. Regierungsrath v. Lepper-Laski die beiden ersten Stellen einnehmen.

Die Korvette „Leipzig“, die bekanntlich am 9. April an der Nordküste von Borneo auf ein Korallenriff stieß und mit Mühe Singapore erreichen konnte, scheint auf ihrer Fahrt vom Nitzschschiff befolgt zu werden. Wie nämlich die in Singapore erschienenen „Strom-Blätter“ vom 7. Mai berichten, sind dort etwa 70 Mann von der Besatzung unserer Korvette am Fieber erkrankt und in klimatisch günstiger gelegenen Oasen untergebracht worden. Falls die Krankheitserscheinungen nicht bald wieder geschwunden sind, dürfte die „Leipzig“ die auf den 1. Juni angelegte Reise nach Kapstadt noch nicht angetreten haben.

Das soeben erschienene „Statistische Jahrbuch für das deutsche Reich“ enthält eine den Erhebungen des Reichsjustizamts entnommene Kriminalstatistik für 1882, welche zum großen Theil noch unbekanntes Material enthält. Beachtenswert sind insbesondere die Vergleichen zwischen der Zahl der Verurtheilten und der Bevölkerungsziffer, sowohl was die einzelnen Kategorien von Verbrechen, als was die verschiedenen Provinzen und Staaten betrifft. Im ganzen deutschen Reich kamen auf je 10,000 über 12 Jahre alte, also den Strafgesetzen unterworfenen Einwohner 103,2 im Jahre 1882 wegen Verbrechen oder Vergehen gegen Reichsgesetze Verurtheilte. Den größten Antheil mit 53,0 auf 10,000 Einwohner haben die Verbrechen und Vergehen gegen das Verbrechen Diebstahl, Unterschlagung u. s.; 33,6 entfallen auf die Verbrechen u. gegen die Person, 16,1 auf Verbrechen gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und die öffentliche Sicherheit u. s. im Amt. Der Diebstahl allein brachte 32,2 von 10,000 Menschen zur Verurteilung, dann folgen die schwere und gefährliche Körperverletzung und die Beleidigung mit 12,2, die einfache Körperverletzung mit 5,2, die Unterschlagung mit 4,6, die Verletzung der Wehrpflicht mit 4,4, Hausfriedensbruch mit 4,3, Betrug 3,7 pro 10,000 über 12 Jahre alte Einwohner. Die Untergerichtsbarkeit des Reichsgerichts zwischen den einzelnen Provinzen und Staaten herausstellen, sind bemerkenswert. In Preußen, welches im ganzen Reich 105,7 Verurtheilte auf 10,000 über 12 Jahre alte Einwohner zählt, welchen die Provinzen verhältnißmäßig von einander ab, daß die Ostprovinzen im Allgemeinen 2-3 Mal, bei einzelnen Verbrechen sogar 10 Mal so viel Verurtheilte u. haben, als die westlichen Provinzen. Während in Posen auf 10,000 Einwohner 180,1, in Ostpreußen 166,8, in Westpreußen 163,5, in Berlin 139,0 Verurtheilte kommen, sind dies im Rheinland nur 68,8, in Schleswig-Holstein 68,7 und in Hohenzollern 56,8. Man kann von letzterem Bezirk, der sich seiner Kleinheit wegen zu Vergleichen mit anderen Provinzen nicht eignet, ab, so findet man bei den einzelnen Kategorien von Verbrechen Handlungen folgende Extreme: Gegen die Person Posen 47,0 Verurtheilte auf 10,000 über 12 Jahre alte Einwohner, dagegen Schleswig-Holstein 14,4; Verbrechen u. gegen den Staat, die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Sicherheit in Posen 9,6, in Bismarck 11,6, in Schleswig-Holstein 0,3. Von den Verbrechen entfällt das Maximum beim

Mord und Todtschlag, bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung, bei Nötigung und Vererbung, beim Diebstahl und bei der Hehlerei auf die Provinz Posen, beim Betrug, bei der Anzucht und Nothzucht, bei der Unterschlagung, Ulfundenfälschung und Gewalt gegen Beamte auf Berlin, bei der einfachen Körperverletzung und der Brandstiftung auf Ostpreußen, bei der Sachbeschädigung, dem Hausfriedensbruch, der Verletzung der Wehrpflicht und dem Meineid auf Westpreußen und der Beleidigung auf Hessen-Nassau. Die wenigsten Verurtheilten hatte Schleswig-Holstein bei Mord und Todtschlag, bei schwerer und einfacher Körperverletzung, Nötigung und Vererbung, Beleidigung, Raub, Urkundenfälschung und Sachbeschädigung, Wechselland bei Diebstahl, Unterschlagung, Hehlerei, Rheinland bei Brandstiftung, Meineid und Hausfriedensbruch und Pommern beim Betrug. Das Königreich Bayern hat 115,7 Verurtheilte u. auf 100,000 über 12 Jahre alte Einwohner. Das Plus von fast 10 Prozent gegen Preußen entfällt fast ausschließlich auf Beleidigungen und Körperverletzungen. Schwere und gefährliche Körperverletzungen kommen in Bayern 23,8, in Preußen 11,1 auf 10,000, in der Rheinpfalz sogar 34,2, eine Zahl, die fast noch einmal so groß ist, als die der in dieser Hinsicht berücksichtigten Provinz Posen und fast 10 Mal so groß als die Schleswig-Holsteins. Die kleineren deutschen Staaten lassen sich, da bei ihnen Zufälligkeiten eine große Rolle spielen können, schwer unter einander vergleichen. Auffällig könnte die sehr hohe Zahl der Verurtheilten in den beiden Schwarzburger (143,7 bzw. 141,1 auf 10,000 über 12 Jahre alten Einw.) erscheinen, ebenso die niedrige von Schaumburg-Lippe (42,6), die sich auch in den meisten einzelnen Verbrechen u., insbesondere denen gegen das Vermögen findet. Sachsen hat 108,6, Württemberg 98,6, Baden 82,6, Hessen 73,8 Verurtheilte auf 10,000. Hervorzuheben wäre höchstens noch die große Zahl der Unterschlagungen (10,8 gegen den Reichsdurchschnitt von 4,6) und der Betrugsfälle (13,4 gegen 3,7), sowie der Hausfriedensbrüche (9,1 gegen 4,3) in Bremen und die geringe Zahl der gefährlichen Körperverletzungen u. (1,0 gegen 12,2 im Reichsdurchschnitt) in Lübeck. Wenn von dieser Statistik, welche bekanntlich 1882 zum ersten Male erhoben ist, erst mehrere Jahrgänge vorliegen, werden sich authentische Beweise über die Ab- und Zunahme der Verbrechen und Vergehen im Ganzen und im Speziellen geben lassen. Für jetzt ist das Material zu allen derartigen Schlüssen noch ungeeignet.

Die Frage der Einführung der Postsparkassen in Deutschland, über welche schon seit längerer Zeit kommissarische Verhandlungen zwischen den hierbei beteiligten Ressorts stattgefunden haben, ist jetzt, wie die „B. V. N.“ hören, soweit zum Abschluß gebracht, daß man in Reichsamt des Innern an die Ausarbeitung des benötigten Reglementes in halbe wird herantreten können. Im Großen und Ganzen sind die Grundzüge desselben festgestellt, und nur die Frage, ob eine besondere Instanz für die Verwaltung der Spargelder zu schaffen oder ob hiermit die Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds zu betrauen sein würde, soll noch der endgültigen Entscheidung harren. Der Reichstag wird sich in seiner jetzigen Session jedenfalls mit dieser Angelegenheit noch nicht befassen haben.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck trifft heute aus Friedrichsruhe hier ein, um morgen an der Investitur des Prinzen Heinrich mit dem hohen spanischen Orden vom goldenen Vlies und dem darauf folgenden Diner und am nächsten Tage an der feierlichen Grundsteinlegung zum Reichstagsgebäude theilzunehmen.

Die deutsche Reichshauptstadt steht in den nächsten Tagen einem Besuch entgegen, der mit den lebhaftesten Sympathien begrüßt werden wird. Eine Abordnung des transvaalischen Freistaats, der tapferen Boers, ist aus dem Bezirke nach Berlin, um die handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Freistaat und dem deutschen Reich zu ordnen. In keinem anderen Lande der Welt, kaum in den Niederlanden selbst, ist der Unabhängigkeitskampf des kleinen Freistaats gegen die englische Welt-

macht mit größerem Interesse, mit lebhafterer Theilnahme verfolgt worden als in Deutschland und speziell in Berlin. Man muß weit in der Geschichte zurückgreifen, um ein Ereigniß zu finden zu der gleichen Erhabenheit, mit welcher die Boers ihre Existenz einsetzten gegen eine fürchtbare Uebermacht zur Vertheidigung ihrer Freiheit und Manneswürde. Diese Vorgänge erinnerten an die Kämpfe der Schweizerkantone gegen die Macht des Hauses Habsburg und die Folgen des Kampfes und Sieges der Boers haben gleichfalls eine Tragweite, wie über die entlegene Welttheile hinausreicht, welche die Bewohner der Bon allen Seiten bereitet man sich, die Vertreter der transvaalischen Republik mit Auszeichnung darüber zu empfangen. Dieselben werden bereits, wie wir vernahmen, bei ihrer Ankunft am Bahnhof einen offiziellen Empfang finden und dem Galadiner zu Ehren der Investitur des Prinzen Heinrich mit dem spanischen goldenen Vliese betwohnen. Die zweifellos nicht daran, daß die Bewohner der Reichshauptstadt auch ihrerseits es sich nicht nehmen lassen werden, den transvaalischen Vertretern zu zeigen, daß sie von Sympathie und Hochachtung hier umgeben sind.

Der bereits telegraphisch signalisirte Konflikt zwischen Bulgarien und Serbien droht größeren Umfang anzunehmen. Ueber den Zwischenfall liegen weitere Mittheilungen vor, aus denen hervorgeht, daß die serbische Regierung eventuell entschlossen ist, zunächst die diplomatischen Beziehungen mit Bulgarien abzubrechen. Das Telegramm lautet:

Belgrad, 6. Juni. In der heutigen Sitzung der Sкупштина richteten die Abgeordneten des Timokgebiets eine Interpellation an den Ministerpräsidenten wegen der Fälle serbischer Emigranten aus Bulgarien und stellten im Anschluß daran die weitere Anfrage, ob die Regierung alles Nothwendige veranlassen werde, um die Sicherheit an der Grenze herzustellen. Der Minister der Sachlage, verlas die bezügliche Korrespondenz mit der bulgarischen Regierung, sowie das von Serbien gestellte Ultimatum und fügte sodann noch hinzu, die serbische Regierung habe Alles gethan, was die Ehre des Landes erfordere. Serbien sei Bulgarien gegenüber, dem es immer seine Sympathien entgegengebracht habe, in schonender Weise vorgegangen, aber die unqualifizierbare Rechtsverletzung, deren sich Bulgarien schuldig gemacht, indem es, ohne jede vorherige diplomatische Verhandlung, in demselben Augenblick, wo die serbische Regierung Aufklärung über das Dulden der Einfälle von Emigrantenbanden verlange, den Grenzpunkt Bergova in Besitz nehme, erhebe ein energisches Vorgehen. Falls bis zum nächsten Sonntag von Bulgarien keine Entschuldigung geleistet worden sei, würden die Verhandlungen mit Bulgarien abgebrochen werden und der Vertreter Serbiens werde Sofia verlassen. Mehrere Abgeordnete, unter ihnen sogar der radikale Oskier, dankten der Regierung für ihr energisches Vorgehen. Von der Sкупштина wurde die bereits gemeldete Tagesordnung einstimmig angenommen.

Während des Oberhaus noch Ferien hält, ist einer seiner hervorragendsten Führer, der Marquis von Salisbury, auf das Gipsriß mit der Erweckung und Aufmunterung des Konservatismus im Westen von England beschäftigt. Wymouth war gestern die Scene zweier konservativen Kundgebungen, bei denen Lord Salisbury den Brennpunkt des Interesses bildete. Bei einem Gabelstößel, welches ihm zu Ehren im Stadtpause gegeben wurde, kam der Marquis beiläufig auf den von der „Fortnightly Review“ veröffentlichten und mit dem Buchstaben G. unterzeichneten Artikel zu sprechen. Er sagte:

Vor etwa drei Tagen wurden wir durch die Ankündigung überrascht, daß der Premierminister in die Arena der politischen Literatur herabgestiegen sei und einen Artikel in einer Monatszeitschrift veröffentlicht hätte. Es war dies eine Ankündigung, dazu angehan uns den Athem zu benehmen, denn die Unklarheiten, welche dieser Artikel enthielt, würden geäußert haben, um jeden Premierminister für das Jenseits zu erscheinen zu lassen. Wir freuen uns, aus der besten Quelle zu erfahren, daß der Premierminister den bewußten Artikel nicht verfaßt hat; allein es muß doch ein unangenehmes Gefühl in unseren Gemüthern zurücklassen, daß diejenigen, die sehr gute und kluge Beurtheiler und keineswegs für die konservativen Partei eingezwungen sind, in jenem Artikel ein vor zu treues Konterfei der Gestaltungen des Premierministers erblickten, um die Autorschaft dessel-

ben zu verkennen. Wenn derselbe nicht von dem Premierminister geschrieben wurde, so wurde er auf alle Fälle von einem Jünger geschrieben, der sehr dicht zu Füßen seines großen Meisters sitzt.

Ausland.

Rom, 4. Juni. (Nat. Ztg.) Vorgestern wurde in ganz Italien der zweite Jahrestag des Todes Garibaldi's gefeiert, von anständigen Leuten mit würdigen Festreden in geschlossenem Raum und mit feierlicher Bekrönung seiner Büste oder seiner Gedenktafeln, von dem süßen politischen Wöbel aller Klassen aber mit lächerlichen Prozeffionen, wüstem Geschrei, Covivaraufen für die Republik, für Oberdank, für Triest und das Trentino, hier und da, namentlich in Forth, mit gräßlichen Erzeffen und Balgereien mit der Polizei und Gendarmerie. Die Regierung scheint so ausschließlich mit den Eisenbahntagefahrten beschäftigt, daß sie an diesen schmätlichen Unfug zu denken keine Zeit übrig hat und wie in den schönen Zeiten der Garibaldi'schen Wirthechaft denselben duldet, ohne dagegen zu reagieren. Wahrscheinlich wollte Depretis dadurch thätiglich den ihm gemachten Vorwurf reaktionärer Anwandlungen widerlegen.

Daß Italien ein freier und freisinnig regierter Staat ist, weiß Europa auch ohne solche Beweise; daß aber diese tumultuarischen Prozeffionen einige hunderte falscher Garibaldianer und sogenannter Republikaner mit ständlichem Covivagegehl auf öffentlicher Strafe geduldet werden, während kirchliche Prozeffionen auf der Strafe verboten sind, scheint nicht eben zu den Beweisen politischer Freiheit des Landes, sondern vielmehr des gütlichen Mißbrauchs der geschätzten Freiheit desselben zu gehören. Solchen Mißbrauch zu verbieten und, wenn er dessen ungeachtet vorkommt, zu bestrafen, ist eben Aufgabe und Pflicht der Staatsgewalt, und diese Pflicht hat sie bei dieser wie bei so manchen anderen Gelegenheiten nicht erfüllt, wahrscheinlich um den gewöhnlichen Deklamationen der Republikaner im Parlament gegen verbotliche Vergewaltigung der geschätzten Freiheit des Volksaufstufung zu entgehen. Was jeder Regierung in Italien von jeder am meisten gefehlt hatte, ist eben der Muth der sittlichen Ueberzeugung und die daraus erwachende Kraft gegenüber den Gegnern; fehlte es nicht daran, so wären die Kinderkrankheiten des heutigen Italiens längst schon geheilt. Zu diesen Kinderkrankheiten gehört das Vergnügen des Böbels aller Klassen, die Regierung zu ärgern und zu provozieren.

Was liegt diesem Böbel am Trentino und an Triest, am Korporal Barjanti und an Oberdank; was ist ihm Okaba? Aber er weiß, daß er ohne irgend etwas zu riskiren die Regierung mit seinem Covivagegehl ärgert und ihr möglicherweise auch diplomatische Bedrücklichkeiten bereiten kann, und jostt daher mit bestialischem Behagen unter der Nase der ohnmächtigen, weil zum passiven Zustehen kommandirten Polizei und Gendarmerie, gleich als ob er dieser dadurch persönlichen Bedrück bereiten würde. Auch wenn man nicht zu jener Sorte guter Staatsbürger gehört, die gegen jeden unklügelhaften Strafverstoß die Polizei requiriren, darf man doch wünschen, daß diesem Böbel nicht die Gelegenheit gegeben werde, der durch wüstem Geschrei unangenehm berührten unendlichen Mehrheit der Bevölkerung lästig zu fallen und sie in ihrer Arbeit und ihrer Ruhe mißwillig zu stören. Es ist daher gewiß keine unbillige Forderung an die Regierung, für diese unendliche, arbeitende und steuerzahlende Mehrheit wenigstens ebensowiel Rücksicht zu haben, als für die stadtbekanntes Handvoll falscher Garibaldianer und professionsmäßiger Republikaner, welche vorgestern während der besten Nachmittagsstunden den ganzen Korso unflüchtig machte und allen Handel und Wandel in der Stadt störte. Man könnte jedoch weihen, daß in der Kammer die Freiheit des Unfugs mehr Vertheidiger finden wird als dieser eben so beschränkte als billige Unfug, der dem Unfug abholden Mehrheit der Bevölkerung.

LONDON, 5. Juni. Der Wiener Korrespondent der „Morning Post“ hatte, wie das genannte Blatt berichtet, eine Unterredung mit einem Mitgliede der deutschen Botschaft, welches die in den Berliner Ministerkreisen herrschenden Anschauungen genau kennt. Der betreffende Herr äußerte sich über die anglo-egyptische Frage in der nachstehenden Weise:

„Die Stellung Englands ist in dem gegenwärtigen Augenblicke herzerquickend. Was immer in Großbritannien gesagt werden mag, die Thatsache bleibt dennoch bestehen, daß Frankreich einen ausgeprochenen Triumph errungen hat. In Konstantinopel

